

Das Land in siebzehn Jahren

Initiative 2030.lu lud die vier Spitzenkandidaten zum Zukunftsgespräch in die Rockhal

LUXEMBURG
ANNETTE DUSCHINGER

Eher enttäuschend war die „Table ronde“ wohl für die Organisatoren - große Visionen für die langfristige Entwicklung des Landes oder gravierende Umwälzungen stellten weder François Bausch (déi gréng) noch Xavier Bettel (DP), Jean-Claude Juncker (CSV) oder Etienne Schneider (LSAP) vor. Pragmatismus und „besser werden“ waren eher die Vorsätze der Spitzenkandidaten der vier größten Parteien. Als überzeugendster Kandidat konnte sich laut Meinungsbild der 250 Zuschauer, die sich auf Einladung der Initiative „2030.lu - Ambition pour le future“ vorgestern Abend in der Rockhal eingefunden hatten, Schneider (65,8%) vor Juncker (61,5%), Bausch (56,7%) und Bettel (54,6%) platzieren.

Staatsreform, Budgetreform, Steuerreform

Beim ersten der drei Themenblöcke wurde gefragt, wie sich angesichts einer neuen wirtschaftlichen Realität die öffentlichen Finanzen entwickeln sollen, wie es mit Steuererhöhungen sei und was das „next big thing“ mit Horizont 2030 wäre? Bei den Staatskosten wäre noch Sparpotenzial da, die Familienleistungen ließen sich selektiver gestalten und es bedürfe einer generellen Steuerreform, um Ungerechtigkeiten auszumerzen, befand Bausch. Wirtschaftliche Perspektiven sah er vor allem in der Fonds-Industrie und bei den Technologien des 21. Jahrhunderts.

Für Bettel sind Steuererhöhungen das letzte Mittel. Das Staatsbudget reformieren und mit der Gießkannenpolitik aufhören, Prioritäten setzen und die Ausgaben ergebnisorientiert betrachten, waren seine Vorschläge. Er forderte, zunächst den jetzt schon ansässigen Unternehmen Perspektiven, auch bei den Prozeduren, zu geben, damit sie auch langfristig hier bleiben.

Gegen Steuererhöhungen sprach sich auch Juncker aus. Man könne bei den Funktionskosten des Staates sparen, müsse aber dann den Impact auf den Handel bedenken. In der Wirtschaft Kompetenznischen wie die Logistik



Erst einmal die dringenden Probleme lösen - wo das Land 2030 stehen soll, kam nicht so recht hinüber

Foto: F. Pizzolante

finden, waren seine Vorschläge. Schneider verspricht sich vom Zero-base-budgeting, vom Durchforsten der Subventionen und sozial selektiven Familienleistungen das meiste. Den Finanzplatz könne man noch entwickeln und neue Nischen finden. Jungunternehmer mit guten Ideen und Mut müssten unterstützt werden.

Einigkeit: Französische Alphabetisierung ermöglichen Umwelt- und Klimaschutz war der zweite Themenblock. Während Etienne Schneider befand, dass man bei den alternativen Energien, dem ökologischen Bauen und den Öko-Technologien auf einem guten Weg sei, sprach Xavier Bettel sich für die Stärkung des öffentlichen Transports und der Altbausanierung aus. François Bausch meinte, man könne jede ökonomische Reform

vergessen, wenn man nicht von den fossilen Energien wegkomme. Hier müsse mehr investiert und das Steuersystem entsprechend ausgerichtet werden. Jean-Claude Juncker befand, dass man diese Themen nur gemeinsam innerhalb von Europa angehen könne.

Abschließend kam das Demokratiedefizit angesichts von 45% Einwohnern, die nicht wählen gehen dürften sowie die Benachteiligung von Ausländerkindern im Schulsystem. Einig war man sich darüber, dass die Alphabetisierung in der Grundschule auch auf französisch angeboten werden muss und dass die Erlangung der doppelten Staatsbürgerschaft vereinfacht gehört. Beim Wahlrecht vertrat Jean-Claude Juncker als einziger die Meinung, dass es an die Luxemburger Staatsangehörigkeit gebunden bleiben muss. ●